

PPP-Newsletter Nr. 11/2010 des BWI-Bau vom 21.06.2010

Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Stadt Celle.** Baukonzession Parkhaus.
Neubau und Betrieb der Feuerwehrhauptwache in Celle im Rahmen eines PPP-Modells. Dazu wird ein privater Partner gesucht, der Planung, Finanzierung, schlüsselfertige Bauerrichtung sowie Gebäudemanagementleistungen während der 25-jährigen Nutzungsphase übernimmt.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Teilnehmeanträge: 5.8.2010.
Quelle: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:175747-2010:TEXT:DE:HTML>
- **Schwarzwald-Baar Klinikum Villingen-Schwenningen GmbH.** Baukonzession Parkhaus.
Planung, Errichtung, Betrieb und Finanzierung eines oberirdischen Parkhauses als Baukonzession auf einem Grundstück der Schwarzwald-Baar Klinikum Villingen-Schwenningen GmbH in unmittelbarer Nähe zum Klinikneubau. Es ist von 450 Stellplätzen mit einer Erweiterungsfläche für ca. 150 Stellplätze auszugehen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme ist bis 12/2012 sicherzustellen.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Bewerbungen: 3.8.2010.
Quelle: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:174100-2010:TEXT:DE:HTML>

Zuschlagserteilungen

- **Stadt Mülheim an der Ruhr.** Schulen.
Ein Konsortium unter Leitung der **STRABAG Real Estate GmbH** hat von der Stadt Mülheim an der Ruhr den Zuschlag für eine PPP erhalten. Das Unternehmen wird die Sanierung, den teilweisen Neubau und den Betrieb der Mülheimer Schulen Karl-Ziegler-Gymnasium, Gymnasium Luisenschule und Willy-Brandt-Gesamtschule sowie den Betrieb der Gemeinschaftsgrundschule Styrum für einen Zeitraum von 25 Jahren übernehmen. Das Vertragsvolumen liegt bei 160 Mio. Euro, wovon 52 Mio. Euro auf den Bau bzw. die Modernisierung der Gebäude entfallen. Gegenüber der Eigenrealisierung spart die Stadt Mülheim nahezu 8% der Projektkosten.
Quelle: <http://www.strabag.com/>
- **Klinikum Konstanz.** Ärztehaus.
Vor Kurzem wurde für das neue Ärztehaus in Konstanz der Vertrag abgeschlossen: Bau und 30-jährigen Betrieb eines Gesundheitszentrums des Klinikums Konstanz mit Krankenhausversorgung und Gesundheitsdienstleistungen übernimmt die **Georg Reisch GmbH & Co. KG** aus Bad Saulgau. Die Baukosten betragen acht Mio. Euro. Mit den Bauarbeiten wurde im Mai 2010 begonnen.
Quelle: PPP-Taskforce Baden-Württemberg

Vorinformationen

- **Land Baden-Württemberg.** PPP-Projekte.
In einer Stellungnahme zum Antrag „Verzögerung von Baumaßnahmen nach Public Private Partnership (PPP)-Modellen durch die Finanzmarktkrise“ führt das Finanzministerium Baden Württemberg u. a. aus, dass als erstes PPP-Projekt seit Beginn der Finanzmarktkrise der **Neubau für das Polizeipräsidium Mannheim** in Kürze ausgeschrieben werden soll. Auf Grundlage des Ergebnisses dieser Ausschreibung werden die übrigen Maßnahmen, ggf. zeitlich verzögert, weiter betrieben. Dazu zählen die folgenden Projekte:
 - Studienakademie Stuttgart
 - Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Sigmaringen (2. Bauabschnitt)
 - Justizhochhaus Ulm
 - Polizeidirektion Emmendingen
 - Polizeidirektion RavensburgQuelle: http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6388_D.pdf
Weitere Informationen zum Polizeipräsidium Mannheim finden sich in der Landtags-Drucksache 14/5966 vom 01.03.2010:
http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14_5966_D.PDF

Weitere Informationen

- **PPP-Task Force Baden-Württemberg.** Broschüre „PPP in Baden-Württemberg 2010“.
In dieser Broschüre zieht das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg eine Zwischenbilanz zu PPP in Baden-Württemberg. Es finden sich Informationen über die Ziele von PPP im Land, die Rahmenbedingungen sowie eine Darstellung von 16 erfolgreichen PPP-Projekten. Broschüre zum Download oder zur Bestellung unter:
http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php?id=185652&template=wm_material_detail
- **Schleswig-Holstein.** Landesrechnungshof kritisiert Finanzministerium in Sachen PPP.
In den am 11.06.2010 vorgestellten Bemerkungen 2010 fragt der Landesrechnungshof Schleswig-Holstein u. a.: „Wohin steuert das Finanzministerium in Sachen Öffentlich-Privater Partnerschaften?“ Kritisiert wird u. a., dass das Land dem PPP-Kompetenzzentrum Mittel bereitgestellt hat, die bis heute nicht verbraucht wurden. Das sei unwirtschaftlich und ein Widerspruch zur Landeshaushaltsordnung. Zudem hat sich Schleswig-Holstein in 2009 an der ÖPP Deutschland AG beteiligt. Der Landesrechnungshof sieht darin eine Konkurrenz zum PPP-Kompetenzzentrum und befürchtet, dass dadurch eine kostendeckende Aufgabenwahrnehmung des Kompetenzzentrums verhindert wird.
Quelle: <http://www.landesrechnungshof-sh.de/index.php?getfile=bm2010-zusammenfassung.pdf>
- **Führungskräfte Forum.** Präsentationen.
Am 17. Juni 2010 fand in Hannover ein Führungskräfte Forum „Public Private Partnership“ statt. Präsentationen der Referenten zum Download unter:
<http://www.fuehrungskraefte-forum.de/index.php?menu=2010/ppp3>
- **Europäisches PPP-Kompetenzzentrum (EPEC).** 2. Sitzung des Private Sector Forums.
Das Europäische PPP-Kompetenzzentrum EPEC hat ein Private Sector Forum eingerichtet, auf dem die Arbeitsergebnisse der EPEC der Privatwirtschaft vorgestellt und diskutiert werden. Am 2. Juni 2010 fand in Brüssel die zweite Sitzung zum Thema „Blending EU grants and PPP structures“ statt. Präsentationen der Referenten zum Download unter:
<http://www.eib.org/epec/activities/2nd%20Private%20Sector%20Forum/index.htm>

PPP-Portal

- **PPP-Musterverträge.**
Auf unserer Internetseite <http://www.ppp-portal.de/> bieten wir Ihnen Zugang zu PPP-Musterverträgen, die Sie – abschnittsweise oder in Gänze – für Ihre eigenen geplanten PPP-Projekte nutzen und übernehmen können. Für Öffentliche Auftraggeber ist der Zugang (nach vorhergehender Registrierung) kostenfrei, alle anderen Nutzer zahlen einen Jahresbeitrag in Höhe von 150,- Euro (netto).
Das Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen war aktiv an der Konzeption des PPP-Portals beteiligt. Dadurch hat das PPP-Internetportal des BWI-Bau auch Aufnahme in das aktuelle Mittelstandspaket 7 der Landesregierung Nordrhein-Westfalens gefunden. Mittelstandspakete bündeln gesetzgeberische Maßnahmen sowie Fördermaßnahmen aus allen Ministerien der Landesregierung. Schwerpunkt der Mittelstandspakete ist der Bürokratieabbau. Eine Kurzbilanz der bisherigen Mittelstandspakete finden Sie unter: http://www.wirtschaft.nrw.de/100/120/122/Mittelstandspakete_1-7.pdf

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 6703-280
Fax: 0211 / 6703-282
E.Paulsen@BWI-Bau.de
<http://www.BWI-Bau.de>



Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **Neue Vergabeverordnung (VgV) einschließlich Vergabe- und Vertragsordnungen**
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2909>

Am 11. Juni 2010 trat die Verordnung zur Anpassung der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) in Kraft (Bundesgesetzblatt I Nr. 30 vom 10. Juni 2010, Seite 724).

Durch die Verweise wurden die schon im letzten Jahr im Bundesanzeiger verkündeten Vergabe- und Vertragsordnungen, also die neue VOB/A (Bundesanzeiger vom 15.10.2009), die VOL/A (Bundesanzeiger vom 29.12.2009) und die VOF (Bundesanzeiger vom 18.11.2009), verbindliches Recht für alle Vergaben oberhalb der EU-Schwellenwerte.

Für die PPP-Verfahren im Hochbau sind insbesondere folgende Änderungen interessant:

- Gemäß § 6 Abs. 2 VgV i.V.m. § 7 VOB/A (Leistungsbeschreibung) sind von den Bietern Angaben zum Energieverbrauch der technischen Geräte und Ausrüstungen zu fordern, deren Lieferung Bestandteil einer Bauleistung ist. Dabei ist in geeigneten Fällen eine Analyse minimierter Lebenszykluskosten zur Gewährleistung der Wirtschaftlichkeit zu fordern. Gleichzeitig soll der Energieverbrauch als Kriterium bei der Wertung der Angebote berücksichtigt werden.
- Die Rechtfertigung für die Vergabe im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens wurde konkreter gefasst. Es ist nunmehr nach öffentlicher Bekanntmachung zulässig, wenn „im Ausnahmefall die Leistung nach Art und Umfang oder wegen der damit verbundenen Wagnisse nicht eindeutig und so erschöpfend beschrieben werden kann, *das eine einwandfreie Preisermittlung zwecks Vereinbarung einer festen Vergütung nicht möglich ist.*“
- § 6 Abs. 7 Nr. 1 VOB/A: „Der Umfang der geforderten Eignungsnachweise sowie die ggf. Gestellten Mindestanforderungen an die Leistungsfähigkeit müssen mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängen und ihm angemessen sein.“
- Der Ausschluss von Angeboten wegen fehlender Preisangaben ist nur dann zulässig, wenn die Angabe sich auf eine wesentliche Position bezog und der Wertungsreihenfolge hierdurch geändert werden könnte (§ 16 Abs. 1 Nr. 1 c VOB/A). Weiterhin können auf Nachfrage des Auftraggebers geforderte, jedoch fehlende Erklärungen und Nachweise mit einer Frist von 6 Kalendertagen nachgereicht werden. Erst nach Ablauf dieser Frist wäre das Angebot auszuschießen.

Mütze Korsch Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Rechtsanwalt Matthias Berger
Trinkausstraße 7
40213 Düsseldorf
Tel. +49 211 – 88 29 29
Fax +49 211 – 88 29 26
Mobil +49 160 – 47 20 722
berger@mkrq.com
www.mkrq.com

